Abgrenzung zwischen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten

Prof. Dr. sc. WOLFGANG SURKAU, Berlin

Um wirksamer und differenziert auf Straftaten und andere Rechtsverletzungen reagieren zu können, bedarf die Abgrenzung zwischen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten einer erhöhten Aufmerksamkeit in Theorie und Praxis. 1 In den letzten Jahren hat sich die Anzahl solcher Strafrechtsnormen erhöht, denen sich ein Ordnungswidrigkeitstatbestand oder eine ordnungsrechtliche Blankettbestimmung anschließt, wenn die Handlung zwar dem Wortlaut eines gesetzlichen Straftatbestandes entspricht, jedoch wegen unbedeutender Tatschwere und Schuld keine Straftat darstellt (§ 3 Abs. 1 StGB).²

In diesem vielgestaltigen Grenzbereich gibt es Rechtsverletzungen, die zwar von ihrer äußeren Erscheinung her Straftaten ähneln, jedoch ihrem Wesen nach weder gesellschaftsgefährlich noch gesellschaftswidrig sind. Deshalb wurden neue, an die jeweiligen Straftatbestände anschließende Ordnungsstrafbestimmungen geschaffen. Besonders deutlich wird das an der VO zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten - OWVO - vom 22. März 1984 (GBl. I Nr. 14 S. 173), in der 16 der insgesamt 26 Paragraphen unmittelbar an Straftatbestände anschließen. Gegenwärtig bestehen in 56 Fällen Anschlüsse zwischen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten.³ Davon wurden bisher allerdings nur 15 durch Anmerkungen im StGB sichtbar gemacht, weil nicht im gleichen Maße, wie sich das Ordnungswidrigkeitsrecht entwickelte (1968 = 146 und 1986 = 240 Ordnungsstrafbestimmungen), auch das StGB mit neuen Anmerkungen vervollständigt wurde.

Zum materiellen Wesen von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrigkeiten und Straftaten verletzen die Interessen der sozialistischen Gesellschaft oder einzelner Bürger, unterscheiden sich jedoch durch den Grad dieser Verletzung. Ihrem materiellen Wesen nach stellen Straftaten gesellschaftsgefährliche oder gesellschaftswidrige, Ordnungswidrigkeiten hingegen disziplinwidrige Handlungen dar (§ 1 StGB; § 2 OWG).

Verschiedene Ordnungswidrigkeiten und Straftaten sind sich äußerlich ähnlich. Das zwingt zur konkreten Abgrenzung zwischen beiden Arten von Rechtsverletzungen, um den rechtspolitischen Grundsatz zu verwirklichen, daß jede Straftat aufgedeckt wird (Art. 2 StGB) und andererseits niemand einer Straftat beschuldigt wird, dessen Handlung ihrem materiellen Wesen nach eine Ordnungswidrigkeit ist. Rechtsverletzung und Persönlichkeit des Handelnden sind daher gründlich zu prüfen und zu bewerten. Das sozialistische Recht enthält Kriterien, nach denen Straftaten von anderen Rechtsverletzungen abgegrenzt werden: Zunächst unterscheidet § 3 Abs. 1 StGB die Straftat von der Nichtstrafat. Außerdem geben die jeweiligen Straftatbestände und Ordnungswidrigkeitsbestimmungen qualifizierende oder privilegierende Merkmale für diese Abgrenzung an.

In § 3 Abs. 1 StGB wird die Straftat von der Nichtstrafat nur dem Grundsatz nach abgegrenzt, jedoch nichts über den Charakter der Nichtstrafat ausgesagt. Zwar wird mit § 3 Abs. 2 StGB darauf hingewiesen, daß diese Handlung, die dem Wortlaut eines Straftatbestandes entspricht, als Verfehlung, Ordnungswidrigkeit, Disziplinverstoß oder nach den Bestimmungen der materiellen Verantwortlichkeit bei gesetzlicher Zulässigkeit verfolgt werden kann; die Handlung selbst wird jedoch nicht charakterisiert. Für die Verfolgung als Ordnungswidrigkeit wird diese Interpretation im Ordnungswidrigkeitsrecht gegeben. Ist eine Handlung nach § 3 Abs. 1 StGB nicht als Straftat zu charakterisieren, dann ist bei angrenzender Ordnungsstrafbestimmung erneut die Verantwortlichkeit auf der Grundlage des Ordnungswidrigkeitsrechts zu prüfen, sofern sich eine Verfolgung als Ordnungswidrigkeit als erforderlich erweist.

Neben der Legaldefinition der Straftaten (§ 1 StGB) und der Ordnungswidrigkeiten (§ 2 OWG), den Abgrenzungskriterien des § 3 Abs. 1 StGB und den einzelnen Tatbeständen des Straf- und Ordnungswidrigkeitsrechts sind noch weitere Abgrenzungsmerkmale zu nutzen. Sie ergeben sich aus Anmerkungen im StGB oder im Ordnungswidrigkeitsrecht, die auf die angrenzenden Bestimmungen des anderen Rechtszweigs verweisen. Obwohl sie keine Tatbestandsmerkmale

sind, sondern gleichermaßen Verweisungen auf den anderen Rechtszweig, enthalten sie selbst auch qualitative Merkmale, die der Abgrenzung dienen.

Abgrenzungskriterien in den Anmerkungen des StGB und der OWVO

So werden in Anmerkungen des StGB folgende Merkmale hervorgehoben, die Ordnungswidrigkeiten von Straftaten unterscheiden:

- leichte Fälle (§§ 134, 213 StGB),
- andere Verstöße (§§ 170, 215, 250 StGB),
- die Rechtsverletzung bleibt ohne die im Straftatbestand genannten Folgen (§§ 223, 239 StGB),
- nicht erhebliche Gefährdungen (§ 187 StGB),
- nur eine geringfügige Beeinträchtigung (§ 191 StGB) oder
- einmalige Tatbegehung mit nur geringfügigem Schaden, oder die Handlung (die vorsätzlich begangen als Straftat gilt) wurde fahrlässig begangen (§ 176 StGB).

Im wesentlichen handelt es sich um Merkmale, die sich auf die objektive Seite der Rechtsverletzung beziehen. Nur vereinzelt wird die Abgrenzung auch anhand der Schuldform (wie z. B. in der Anm. zu § 176 StGB) vorgenommen.

Auch die Anmerkungen in der OWVO enthalten qualifizierende Merkmale, die sichtbar machen, unter welchen Bedingungen die als Ordnungswidrigkeit beschriebene Handlung eine Straftat darstellt. Solche Merkmale sind z. B.:

- Beeinträchtigung der staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit oder der öffentlichen Ordnung bei Beschädigung öffentlicher Bekanntmachungen (§ 2 OWVO),
- erhebliche Verstöße bei Mißhandlungen von Tieren, bei Mißbrauch oder Beschädigung von Alarmanlagen oder bei Verletzung von Preisbestimmungen (§§ 9, 15, 20 OWVO) * i.***s.

1 Zur Reaktion auf Rechtsverletzungen im unteren Grenzbereich des Strafrechts vgl. G. Teichler, in: NJ 1986, Heft 11, S. 463.

2 Vgl. W. Surkau, „Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten und Wechselbeziehungen verschiedener Formen rechtlicher Verantwortlichkeit“, in: Sozialistische Gesetzlichkeit, Sicherheit und Ordnung bei der Entfaltung gesellschaftlicher Triebkräfte, Berlin 1985, S. 70.

3 **Anmerkungen im StGB, die auf das Ordnungswidrigkeitsrecht hinweisen:**

§§ 134, 170, 173, 175, 176, 187, 191, 201, 213, 215, 218, 223, 238, 239, 250 StGB.

Bestimmungen des StGB mit Anschlüssen an das Ordnungswidrigkeitsrecht ohne Anmerkungen:

§§ 119, 125, 137, 145, 146, 147, 163, 168, 183, 185, 188, 191a, 193, 194, 195, 197, 198, 199, 200, 204, 205, 206, 207, 208, 249 StGB.

Gesetzliche Bestimmungen außerhalb des StGB, die Strafbestimmungen und angrenzende Ordnungsstrafbestimmungen enthalten:

— Zollgesetz vom 28. März 1962 (GBl. I Nr. 3 S. 42) L. d. F. des Anpassungsgesetzes vom 11. Juni 1968 (GBl. I Nr. 11 S. 242) und des Gesetzes vom 28. Juni 1979 (GBl. I Nr. 17 S. 147);

— Gesetz über das Veterinärwesen vom 20. Juni 1962 (GBl. I Nr. 5 S. 55) i. d. F. des Anpassungsgesetzes vom 11. Juni 1968 (GBl. I Nr. 11 S. 242);

— Lebensmittelgesetz vom 30. November 1962 (GBl. I Nr. 12 S. 111) i. d. F. des Anpassungsgesetzes vom 11. Juni 1968 (GBl. I Nr. 11 S. 242);

— Edelmetallgesetz vom 12. Juli 1973 (GBl. I Nr. 33 S. 338);

— Devisengesetz vom 19. Dezember 1973 (GBl. I Nr. 58 S. 574) i. d. F. des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Devisengesetzes vom 28. Juni 1979 (GBl. I Nr. 17 S. 147);

— Giftgesetz vom 7. April 1977 (GBl. I Nr. 10 S. 103);

— Gesetz über den Fischfang in der Fischereizone der DDR vom 13. Oktober 1978 (GBl. I Nr. 35 S. 380);

— Kulturgutschutzgesetz vom 3. Juli 1980 (GBl. I Nr. 20 S. 191);

— Wehrdienstgesetz vom 25. März 1982 (GBl. I Nr. 12 S. 221);

— Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen vom 3. Dezember 1982 (GBl. I Nr. 40 S. 631);

— Luftfahrtgesetz vom 27. Oktober 1983 (GBl. I Nr. 29 S. 277);

— Atomenergiegesetz vom 8. Dezember 1983 (GBl. I Nr. 34 S. 325);

— Arzneimittelgesetz vom 27. November 1986 (GBl. I Nr. 37 S. 473);

— VO über die Verhütung und Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten vom 23. Februar 1961 (GBl. II Nr. 17 S. 85) i. d. F. des Anpassungsgesetzes vom 11. Juni 1968 (GBl. I Nr. 11 S. 242) und der AnpassungsVO vom 13. Juni 1968 (GBl. II Nr. 62 S. 363);

— Personalausweisordnung vom 23. September 1963 (GBl. II Nr. 88 S. 700) i. d. F. des Anpassungsgesetzes vom 11. Juni 1968 (GBl. I Nr. 11 S. 242) und der 3. VO vom 10. August 1978 (GBl. I Nr. 31 S. 343).

Bestimmungen außerhalb des StGB, in denen Strafbestimmungen und angrenzende Ordnungsstrafbestimmungen in verschiedenen Rechtsvorschriften geregelt sind:

Suchtmittelgesetz vom 19. Dezember 1973 (GBl. I Nr. 58 S. 572) mit Straftatbestimmungen; Ordnungsstrafbestimmungen enthalten die dazu erlassene 1., 2., 3. und 4. DB vom 28. Januar 1974 (GBl. I Nr. 16 S. 149 bis 165).